

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Teil A: Einleitung	15
I. Zielsetzung der Dissertation	15
1. Gegenstand der Untersuchung	15
2. Fragestellung und Erkenntnisinteresse	20
3. Aufbau und Methodik der Arbeit	23
4. Stand der Forschung	25
II. Die Konstruktion der EWU im Maastrichter Vertrag	30
1. Die Hauptergebnisse des Maastrichter Vertrages hinsichtlich der EWU	31
2. Kritische Beurteilung der die EWU betreffenden Regelungen	39
2.1. Die Konstruktion des ESZB	39
2.2. Der Übergang in die 3. Stufe	41
2.3. Die Konvergenzkriterien im einzelnen	43
Teil B: Die Interdependenz von EWU und PU	51
Kapitel I: Souveränitäts- und demokratietheoretische Aspekte der EWU	51
I. Das Souveränitätskonzept	53
1. Theoretische Grundlagen und begriffliche Klärung	53
1.1. Die Entstehung des Begriffes	53
1.2. Souveränität und Staatsbegriff	56
1.3. Innere und äußere Souveränität	57
2. Auflösungserscheinungen der Souveränität im 20. Jahrhundert	60
2.1. Auswirkungen wachsender internationaler Verflechtung auf die Souveränität	61
2.2. Das Verhältnis der EG zur Souveränität der Mitgliedstaaten vor Maastricht	67
3. Souveränität - Attribut des modernen Staates? - Versuch der Definition eines veränderten Souveränitätsbegriffes vor dem Hintergrund der europäischen Integration	69

4. Exkurs: Souveränität der Mitgliedstaaten nach Maastricht unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten	76
4.1. Das Souveränitätsverständnis einiger Mitgliedstaaten unter besonderer Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland	77
4.2. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes	82
II. Souveränitäts- und demokratietheoretische Bewertung der geld- und währungspolitischen Regelungen im Maastrichter Vertrag: Das Verhältnis der EG zur Souveränität der Mitgliedstaaten nach Maastricht	89
1. Staatlichkeit und Währung	90
1.1. Bedeutung und Rolle der Währung sowie der geld- und währungspolitischen Kompetenzen für einen Staat	90
1.2. Souveränitätstheoretische Bewertung der Vergemeinschaftung der Geld- und Währungspolitik im Maastrichter Vertrag	95
2. Staatlichkeit und Notenbank	98
2.1. Die Stellung von Zentralbanken im Staat	99
2.2. Die Einbettung einer unabhängigen Zentralbank in den staatlichen Rahmen am Beispiel der Deutschen Bundesbank	106
2.2.1. Demokratische Legitimation der Deutschen Bundesbank als eigener geld- und währungspolitischer Instanz und sachliche Begründung ihrer Unabhängigkeit	107
2.2.2. Demokratietheoretische Rechtfertigung der Unabhängigkeit einer Zentralbank am Beispiel der Deutschen Bundesbank	112
2.3. Bedarf eine Europäische Zentralbank einer ihr übergeordneten "staatsleitenden Kraft"?	121
2.3.1. Die Frage der demokratischen Rechtfertigung der EZB als unabhängiger Zentralbank	122
2.3.2. Das Problem der faktischen Realisierbarkeit der Unabhängigkeit der EZB	126
2.3.3. Die Interdependenz von EWU und PU über die EZB	128
3. Zusammenfassung	132
Kapitel II: Ökonomische Funktionsbedingungen der EWU	137
I. Theoretische Grundlegung	139
1. Chancen und Risiken einer WU	139
2. Theorie optimaler Währungsräume	142
2.1. Darstellung der Theorie	142
2.2. Die EG als optimaler Währungsraum?	148

2.3. Wirtschaftspolitische Implikationen in einem nicht-optimalen Währungsraum	153
2.4. Die EG im Lichte der Theorie optimaler Währungsräume: Zusammenfassung und Bewertung.....	156
3. Alternativer Ansatz zur Theorie optimaler Währungsräume: Konvergenz als zentrale Funktionsbedingung der EWU	158
3.1. Wirtschaftliche Konvergenz in ihren verschiedenen Ausprägungen: Nominale und reale Konvergenz	159
3.2. Reale und nominale Konvergenz als Funktionsbedingungen der EWU	162
II. Analyse und Implikationen der Funktionsbedingungen der EWU	169
1. Geldwertstabilität als Funktionsbedingung der EWU.....	171
1.1. Funktionale Zusammenhänge zwischen WU und Finanz- und Budgetpolitik.....	171
1.2. Verschiedene Varianten der Disziplinierung der Budgetpolitik unter Berücksichtigung der funktionalen Zusammenhänge.....	177
1.2.1. Marktmäßige Disziplinierung	179
1.2.2. Finanzpolitische Selbstbindung durch ein koordinierendes Regelsystem	185
1.2.3. "Vergemeinschaftung" finanzpolitischer Kompetenzen.....	188
1.3. Institutionalisierung eines budgetpolitischen Regelsystem	191
1.4. Zusammenfassung: Implikationen der Geldwertstabilität als Funktionsbedingung der EWU	202
1.5. Exkurs: Die wechsellkurspolitische Kompetenz in der EWU.....	203
2. Reale Konvergenz als Funktionsbedingung der EWU	207
2.1. Funktionale Zusammenhänge zwischen WU und Wirtschaftspolitik über die Funktionsbedingung realer Konvergenz	207
2.2. Konvergenz der Wirtschaftspolitik zur Verbesserung realer Konvergenz.....	209
2.3. Finanzausgleich.....	215
2.3.1. Strukturpolitisch motivierter Finanzausgleich mit dem Ziel der Verbesserung realer Konvergenz	217
2.3.2. Finanzausgleich zu Stabilisierungszwecken: Kompensierende Maßnahmen bei wirtschaftlichen Störungen.....	226
2.3.2.1. Diskretionäre gegenseitige Versicherung gegenüber länderspezifischen makroökonomischen Schocks	227
2.3.2.2. Interregionale Haushaltsströme mit automatischen Stabilisatoren	228

2.3.3. Auswirkungen eines Finanzausgleichs auf den Gemeinschaftshaushalt und die Einnahmenpolitik der Gemeinschaft.....	231
2.4. Zusammenfassung: Implikationen realer Konvergenz als Funktionsbedingung der EWU	238
3. Exkurs: Geldwertstabilität und reale Konvergenz: Besondere Rolle der Lohnpolitik in der EWU	240
3.1. Funktionaler Zusammenhang zwischen WU und Lohnpolitik	241
3.2. "Gemeinsame" Lohnpolitik bei Lohndifferenzierung	243
III. Folgen der Implikationen der ökonomischen Funktions- bedingungen der EWU	246
1. Staatliche Strukturen zur Gewährleistung der ökonomischen Funktionsbedingungen der EWU?.....	246
2. Souveränitätstheoretische Bewertung der ökonomischen Funktionsbedingungen der EWU	249
 Teil C: Implikationen der Interdependenz von EWU und PU im Hinblick auf die Gesamtstruktur der Gemeinschaft	255
I. Die PU - funktionales System von Zuständigkeiten oder Staatsverband?	255
1. Die PU als funktionales System von Zuständigkeiten?.....	255
2. Umstrukturierung der EU in einen Staatsverband als Ausdruck ökonomischer, souveränitäts- und demokratietheoretischer Implikationen der EWU	258
II. Strukturmodell eines Europäischen Bundesstaates	260
1. Bestehende Verfassungsentwürfe	260
1.1. "Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union" des EP vom 14. Februar 1984	261
1.2. "Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union" des EP vom Februar 1994	266
1.3. Reformprogramm für die EU der Europäischen Struktur- kommission von 1994	269
2. Institutionelle und konstitutionelle Strukturen eines Euro- päischen Bundesstaates	272
2.1. Institutionelle Anforderungen an einen Europäischen Bundesstaat.....	272
2.1.1. Das Europäische Parlament.....	274
2.1.2. Der Ministerrat als Staatenkammer.....	277

2.1.2. Weiterentwicklung der Kommission zur Europäischen Regierung	280
2.2. Die konstitutionelle Ebene eines Europäischen Bundesstaates	280
2.2.1. Grundstrukturen einer Europäischen Verfassung	281
2.2.2. Verfassungsmäßig zu verankernde staatliche Elemente	283
2.2.3. Kernkompetenzen eines Europäischen Bundesstaates	286
3. Die Europäische Union: Staat, aber nicht Nation	287

Teil D: Integrationstheoretische Voraussetzungen der Verwirklichung einer EPU

293

I. Die Bedeutung von Integrationstheorien für den zu untersuchenden Zusammenhang

293

II. Die relevanten Theorierichtungen in der Übersicht

295

1. Funktionalismus

296

1.1. Funktionalismus im Sinne Mitrany's

296

1.2. Neofunktionalismus

297

1.3. Rehabilitierung des Neofunktionalismus

300

2. Theorie des Föderalismus

305

3. Kommunikationstheorie

306

4. Bewertung der Integrationstheorien

308

III. Darstellung der Eckpunkte der Integrationspolitik unter Bezugnahme auf den integrationstheoretischen Hintergrund

309

1. Die Entwicklung der europäischen Integration bis zur Gründung der EWG

310

2. Stagnation und Wiederbelebung der europäischen Integration

318

3. Zwischenbilanz

325

IV. Analyse des funktionalen Ansatzes hinsichtlich seiner Eignung für eine umfassende politische Integration

328

1. Integrationstheoretische Analyse des Integrationssschrittes zur EWU

328

1.1. Die dem Maastrichter Vertrag vorausgehenden Anläufe hin zu einer WU

328

1.2. Die der EWU zugrunde liegende politische Finalität

330

2. Der Integrationsschritt zur PU: Rehabilitierung und Ergänzung der Theorie des Föderalismus

335

2.1. Die Theorie des Föderalismus als adäquate Integrationsstrategie für den Schritt zu einer PU	335
2.2. Handlungs- und interessentheoretische Voraussetzungen	337
2.3. Nationalstaatliche Interessen hinsichtlich einer PU	339
3. Zusammenfassung und Bilanz	346
 Teil E: Abschließender Exkurs: Historische Währungsunionen des 19. Jahrhunderts im Überblick	351
I. Zwei Typen von monetären Unionen im 19. Jahrhundert	353
1. Monetäre Unionen zwischen souveränen Staaten	354
2. Monetäre Unionen als Ergebnis politischer Integration	358
II. Die politische, wirtschaftliche und monetäre Entwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert: Vom Zollverein zum Deutschen Reich und zur Reichsbank	360
1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung	361
2. Die monetäre Integration	365
III. Währungsunionen im 19. Jahrhundert: Bilanz und Lehren	367
1. Wirtschaftliche Konvergenz und Interdependenz zwischen WU und PU	367
2. Determinanten politischer Integration im deutschen Einigungsprozeß im 19. Jahrhundert	370
 Teil F: Zusammenfassung und Ausblick: Die EWU als Langfristperspektive	373
I. Zusammenfassung der Hauptergebnisse	373
II. Die Realisierungschancen der Voraussetzungen der Funktions- und Bestandsfähigkeit der EWU	378
III. Ausblick	383
 Bibliographie	387
 Anhang: Statistische Übersichten zur Konvergenz	437
Tabelle 1: Nominale Konvergenzlage der Mitgliedstaaten der EG	437
Tabellen 2-5: Die nominalen Konvergenzkriterien im einzelnen	438
Tabellen 6a-10: Kriterien realer Konvergenz der Mitgliedstaaten der EG	442